

II. 1293 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5959/18

1994-01-21

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Khol, Svhalek, Monika Langthaler
und Kollegen
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie

betreffend Vorbereitungsarbeiten zum Umweltverträglichkeits-
prüfungsgesetz

Das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz wurde vom Nationalrat am 24.9.1993 nach lang andauernden parlamentarischen Beratungen beschlossen. Um ausreichend Zeit für die nötigen Vorbereitungsarbeiten zur Verfügung zu stellen, wurde im Gesetz eine Legisvakanz bis 1.7.1994 vorgesehen. Demnach wird das erste UVP-Verfahren - nach Durchführung des gesetzlich vorgesehenen Vorverfahrens - für Anfang 1995 zu erwarten sein.

Durch die im österreichischen Verwaltungsverfahren neuartige Konstruktion eines alle Genehmigungen umfassenden konzentrierten Bewilligungsverfahrens, welches von der jeweiligen Landesregierung durchzuführen ist und in dem erstmalig die Umweltverträglichkeitsprüfung einen integrierenden Bestandteil darstellt, ist für die Länder ein Zwang zum Umbau der Verwaltungsstrukturen bzw. zur Neugliederung von eigens die UVP vollziehenden Abteilungen geschaffen worden.

In seiner Beschußfassung ging der Nationalrat davon aus, daß die bis zum Inkrafttreten verstreichende Zeit von den zuständigen Verwaltungseinheiten für diese Arbeiten intensiv genutzt wird.

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie folgende

A n f r a g e:

- 1) Wurden bereits vom Umweltministerium Kontakte mit den Landesregierungen zum Zwecke der Information über die Inhalte des UVP-Gesetzes sowie zur Schulung der zuständigen Verwaltungsbeamten aufgenommen?
Wenn ja, wie weit sind diese Arbeiten fortgeschritten?
Wenn nein, warum nicht?
- 2) Wurde vom Umweltministerium ein Leitfaden zur Vollziehung des UVP-Gesetzes erarbeitet und den Landesregierungen zur Verfügung gestellt?
- 3) Ist der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie bekannt, ob die Landesregierungen bereits Maßnahmen zur Neustrukturierung der Verwaltungsorganisation zur Vollziehung des UVP-Gesetzes gesetzt haben und welche Neustrukturierungen jeweils geplant sind?
- 4) Wurden bereits Maßnahmen zur Einsetzung des Umweltrates gesetzt?
- 5) Wurden bereits Maßnahmen zur Einrichtung des Umweltsenats gesetzt?
- 6) Wurden bereits nähere Detaillierungen für die von den zuständigen Behörden durchzuführenden Arbeiten wie Abklärung des Untersuchungsrahmens nach § 4 sowie Erstellung des Prüfbuches nach § 11 vorgenommen?